



"Infrastrukturen des Bürgerschaftlichen Engagements - Entwicklungschancen in Bayern"

Dokumentation der Fachkonferenz

16.03.2011

Stadtmuseum Ingolstadt

Inhalt

Zur Tagung	3
Zum Ablauf der Veranstaltung	4
Tagungsprogramm	5
Fachvortrag „Engagementförderung als Infrastrukturförderung“ Prof. Dr. Gisela Jakob	6
Buchvortrag „Engagementfördernde Infrastrukturen im kommunalen Wohlfahrtsmix“ Prof. Dr. Gisela Jakob, Fachhochschule Darmstadt Dr. Thomas Röbbke, Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern	11
Postershops Initiative Bürgerstiftungen	21
Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligen – Agenturen / Freiwilligen – Zentren in Bayern e.V.	22
Selbsthilfekontaktstellen Bayern e.V.	23
Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser	24
Landesverband der Familien- und Mütterzentren in Bayern e.V.	25
Seniorenbüros in Bayern	26
Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen Thementisch 1: BE und ländlicher Raum	27
Thementisch 2: BE und Ballungsräume	28
Thementisch 3: BE und Monetarisierung	29
Thementisch 4: BE und Kooperation mit der Wirtschaft	30
Thementisch 5: BE und Spielregeln der Kooperation zwischen den verschiedenen Infrastruktureinrichtungen	31
Thementisch 6: BE und generationsübergreifende Projekte	32
Abschluss Einsetzungsvorschlag einer Arbeitsgruppe aus verschiedenen Infrastruktureinrichtungen	33
Anhang Teilnehmerliste	34
Kurzkonzeption Generali	37

Zur Tagung

Am 16.03.2011 fand in Ingolstadt ein bayernweiter Fachtag für Infrastruktureinrichtungen des Bürgerschaftlichen Engagements statt. Beteiligt waren neben dem Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern (LBE) die Initiative Bürgerstiftung Deutschland (IBS), die Bayerischen Seniorenbüros und die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenbüros (BAS), die Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligen - Agenturen / Freiwilligen - Zentren in Bayern e.V. (lagfa bayern), die Landesarbeitsgemeinschaft der Mütter- und Familienzentren in Bayern e.V. (MüZe), die Selbsthilfekontaktstellen Bayern e.V. (SeKo Bayern) sowie die Serviceagentur im Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser (MGH).

Rund 70 Vertreterinnen und Vertreter aus den unterschiedlichen Infrastruktureinrichtungen des Bürgerschaftlichen Engagements sowie Wissenschaftler und Fachleute kamen an diesem Tag erstmals zusammen, um Übereinstimmungen, Überschneidungen und Trennungslinien der jeweiligen Institutionen sichtbar zu machen und die Möglichkeiten der Zusammenarbeit auszuloten. Zudem ging es um die Erarbeitung von Standards für die Gestaltung einer lokalen Engagementlandschaft, die vor allem Kommunen, aber auch der Landespolitik als Orientierung an die Hand gegeben werden können.

Die vorliegende Dokumentation belegt anschaulich, dass die gesteckten Ziele mit dem Fachvortrag, den Postershops sowie den praxisorientierten Themengruppen realisiert werden konnten.

Wir danken allen an der Organisation und Durchführung Beteiligten sowie allen Teilnehmer/innen und Diskutant/innen für ihre Beiträge, die wesentlich zu einem erfolgreichen Verlauf der Tagung beigetragen haben.

Zum Ablauf der Veranstaltung

Nach der Begrüßung durch Dr. Thomas Röbbke, der durch den Tag führte, gab Frau Prof. Dr. Gisela Jakob aus Darmstadt einen Überblick über das breite Spektrum engagementfördernder Einrichtungen und benannte Probleme sowie Schnittstellen lokaler Engagementförderung. Darüber hinaus thematisierte sie die Einbindung von Infrastrukturen in die Politik.

In Postershops bestand die Möglichkeit, sich über folgende Infrastruktureinrichtungen zu informieren: Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligen - Agenturen / Freiwilligen – Zentren in Bayern (lagfa bayern), Landesverband der Mütter- und Familienzentren in Bayern e.V. (MüZe), Selbsthilfekontaktstellen Bayern e.V. (SeKo Bayern), Initiative Bürgerstiftungen (IBS) Deutschland, Serviceagentur im Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser (MGH), Bayerische Seniorenbüros bzw. Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenbüros.

Am Nachmittag beschäftigten sich die Teilnehmer/innen in sechs parallel stattfindenden Arbeitsgruppen mit unterschiedlichen Schwerpunkten. Zunächst stellten Praktiker/innen und Expert/innen ihre Erfahrungen zu dem jeweiligen Thema vor und diskutierten diese anhand von Thesen mit den Teilnehmer/innen. Themen waren BE und ländlicher Raum, BE und Ballungsräume, BE und Monetarisierung, BE und Kooperation mit der Wirtschaft, BE und Spielregeln der Kooperation zwischen den verschiedenen Infrastruktureinrichtungen, sowie BE und generationsübergreifende Projekte.

Die Zusammenfassungen der wichtigsten Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen wurden nacheinander im Plenum eingebracht.

Abschließend wurde von Dr. Thomas Röbbke der Vorschlag ins Plenum eingebracht, eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der verschiedenen Infrastruktureinrichtungen zu bilden, welche die Ergebnisse der Thementische in ein Thesepapier zusammenzufassen sollen.

Tagungsprogramm

ab 9:30 Uhr	Begrüßungskaffee
10:00 Uhr	Begrüßung Dr. Thomas Röbbke, Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern, Nürnberg
10:10 Uhr	Fachvortrag „Engagementförderung als Infrastrukturförderung“ Prof. Dr. phil. Gisela Jakob, Hochschule Darmstadt
11:00 Uhr	Postershops Vorstellung der unterschiedlichen Einrichtungstypen von jeweils zwei Vertretern der Institution: <ol style="list-style-type: none"> 1. Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen Bayern 2. Landesverband der Mütter- und Familienzentren in Bayern e.V. 3. Selbsthilfekontaktstellen Bayern e.V. 4. Initiative Bürgerstiftung Deutschland 5. Serviceagentur im Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser 6. Bayerische Seniorenbüros cc. Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenbüros
12:30 Uhr	Mittagessen
13.30 Uhr	Arbeitsgruppen Thementisch 1: <i>BE und Ländlicher Raum</i> Thementisch 2: <i>BE und Ballungsräume</i> Thementisch 3: <i>BE und Monetarisierung</i> Thementisch 4: <i>BE und Kooperation mit der Wirtschaft</i> Thementisch 5: <i>BE und Spielregeln der Kooperation zwischen den verschiedenen Infrastruktureinrichtungen</i> Thementisch 6: <i>BE und generationsübergreifende Projekte</i>
15.00 Uhr	Kaffeepause
15.20 Uhr	Vorstellung und Diskussion der Ergebnisse der Thementische im Plenum
16.00 Uhr	Einsetzungsvorschlag einer Arbeitsgruppe aus verschiedenen Infrastruktureinrichtungen
16.30 Uhr	Verabschiedung

Fachvortrag

„Engagementförderung als Infrastrukturförderung“

Prof. Dr. Gisela Jakob

Frau Prof. Dr. Gisela Jakob, Hochschule Darmstadt
Lehrgebiete:

- Theorien und Methoden der Sozialen Arbeit
- Bürgerschaftliches Engagement
- Qualitativ-rekonstruktive Forschungsmethoden

Forschungsgebiete:

- Bürgerschaftliches Engagement und Soziale Arbeit
- Engagementförderung in Kommunen und drittem Sektor
- Freiwilligendienste



Buchbeitrag von Frau Prof. Dr. Gisela Jakob und Dr. Thomas Rübke siehe Anhang.

Engagementförderung als Infrastrukturförderung



PROF. DR. GISELA JAKOB

Vortrag bei der Fachkonferenz
„Infrastrukturen des Bürgerschaftlichen Engagements
- Entwicklungschancen in Bayern“
am 16. März 2011

Engagementförderung als Infra- strukturförderung



- I. Vielfältige Engagementlandschaft – Überblick über das Spektrum bestehender Infrastrukturen
- II. Unsicherer Status, zu wenig Geld und Konkurrenzen – Probleme lokaler Engagementförderung
- III. Schnittstellen, neue Kooperationen, Mitgestalten der lokalen Engagementpolitik – Vorschläge für die zukünftige Entwicklung

Infrastrukturen zur Engagement- förderung



- Eigenständige trägerübergreifende Einrichtungen und Zusammenschlüsse
- Anlauf- und Koordinierungsstellen in der Kommunalverwaltung
- Infrastrukturen innerhalb von Einrichtungen und Organisationen (Vereine, Verbände)
- Landes- und bundesweite Zusammenschlüsse

Aufgaben Infrastruktureinrichtungen

- Bürger(innen) beraten, qualifizieren und begleiten
- Zivilgesellschaftliche Organisationen in Engagementfragen beraten
- Projekte entwickeln
- Öffentlichkeitsarbeit für bürgerschaftliches Engagement
- Beteiligung im lokalen Gemeinwesen ermöglichen
- An lokaler Engagementpolitik mitwirken

Weitere Einrichtungen und Anlaufstellen lokaler Engagementförderung

Koordinierungs- und Anlaufstellen in der Kommunalverwaltung

- Stadtteilbüros
 - Lokale Bündnisse für Familien
 - Lokale-Agenda-21-Initiativen
 - Erste Pflegestützpunkte
 - Dorfläden, Nachbarschaftshäuser
 - Modellprogramme wie Lernorte für Bildung
- Etc.

Aktuelle Probleme bei der lokalen Engagementförderung

Prekärer Status vieler Einrichtungen

Gefährdung des aktuellen Standes durch Finanzknappheit der Kommunen

Unterschiedliche Profile der Einrichtungen

Nur in einem Teil der Kommunen moderne Engagementstrukturen

Aktuelle Probleme bei der lokalen Engagementförderung

Ambivalente Wirkungen der Bundesprogramme (fehlende Nachhaltigkeit, Vernachlässigung lokaler Gegebenheiten)

Konkurrenzen zwischen den lokalen Infrastruktureinrichtungen

Leitlinien für Kooperation und Vernetzung



- Vielfalt bewahren
- Lokale Gegebenheiten berücksichtigen
- Mitwirkung an einer lokalen Engagementstrategie
- Kooperation mit Vereinen und Verbänden

Neue Kooperationsstrukturen



Voraussetzung: Vernetzung

Gleichberechtigte Kooperationen

Öffentlichkeitsarbeit für bürgerschaftliches Engagement

Bearbeitung übergreifender Themen: z.B. Monetarisierung, Migration, Stadtentwicklung, Unternehmen

Nutzen gemeinsamer Ressourcen



Buchvortrag

Prof. Dr. Gisela Jakob, Fachhochschule Darmstadt

Dr. Thomas Rübke, Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern

Engagementfördernde Infrastrukturen im kommunalen Wohlfahrtsmix

1. Einleitung

In zahlreichen Kommunen sind in den letzten Jahren Infrastrukturen und Anlaufstellen zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements entstanden. Das Spektrum der bestehenden Einrichtungen und Zusammenschlüsse ist unübersichtlich und heterogen und wird stark von lokalen Gegebenheiten und Akteuren bestimmt. Zu den trägerübergreifenden Infrastrukturen gehören die bundesweit verbreiteten fünf Einrichtungstypen von Freiwilligenagenturen, Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Mehrgenerationenhäusern, und Bürgerstiftungen ebenso wie Anlaufstellen, die in der Kommunalverwaltung angesiedelt sind sowie Netzwerke vor Ort, in denen sich verschiedene zivilgesellschaftliche Akteure zusammengeschlossen haben. Zu den Engagement fördernden Infrastrukturen gehören auch Einrichtungen und Projekte wie z.B. Stadtteilbüros im Rahmen des Soziale Stadt-Programms, Lokale Agenda 21-Büros, Lokale Bündnisse für Familien, Mütter- und Familienzentren und Nachbarschaftshäuser sowie Landesprojekte wie die Engagement-Lotsen in Hessen, Dorfläden im Rahmen von Dorferneuerungsprogrammen oder auch Standorte für Freiwilligendienste aller Generationen im Rahmen des gleichnamigen Bundesprogramms. In einigen Kommunen haben sich Infrastruktureinrichtungen mit anderen Akteuren aus verschiedenen

gesellschaftlichen Sektoren zu Netzwerken zusammen geschlossen.¹ In Städtenetzwerken wie Aktivoli in Hamburg oder dem Bündnis für Augsburg geht es um eine Bündelung der Aktivitäten und darum, gemeinsam an einer bürgerorientierten Kommunalentwicklung zu arbeiten.

Auch innerhalb von Organisationen und Einrichtungen existieren Infrastrukturen zur Engagementförderung.² Dies sind etwa Aufgabenbereiche und Referate in den Verbänden von Sport, Kultur, Wohlfahrtspflege und in den Kirchen, die auf die Gewinnung und Begleitung engagierter Bürger(innen) zielen. In Einrichtungen wie z.B. Alten- und Pflegeheime werden diese Aufgaben wahrgenommen, wenn ein(e) Mitarbeiter(in) oder der Soziale Dienst dafür zuständig ist, die Zusammenarbeit zwischen beruflichen Mitarbeitern und Ehrenamtlichen zu koordinieren.

In dem vorliegenden Beitrag soll es allerdings nicht um die Infrastrukturen innerhalb von Organisationen gehen, sondern im Zentrum stehen die eigenständigen Infrastruktureinrichtungen, Anlaufstellen und Zusammenschlüsse, die in den Städten, Gemeinden und Landkreisen tätig sind und einen träger- und einrichtungsübergreifenden Auftrag erfüllen. Der Beitrag gibt einen knappen Überblick über die vorhandenen Einrichtungen und ihre Rolle in der Kommune und diskutiert aktuelle Problemen und Handlungsbedarfe. Darüber hinaus werden die Einrichtungen daraufhin überprüft, inwiefern sie zur Integration bürgerschaftlichen Engagement in soziale Organisationen beitragen. Als ein gelungenes Beispiel für eine solche Infrastruktureinrichtung, die mit ihren Projekten darauf zielt, freiwilliges Engagement in Kernbereiche sozialer Dienste wie Kindergärten und erzieherische Hilfen zu integrieren, wird das „Zentrum Aktiver Bürger“ (ZAB) in Nürnberg vorgestellt. Die Arbeit des Zentrums verweist darauf, welche besonderen Anforderungen sich ergeben, wenn es um die Etablierung eines neuen kommunalen Wohlfahrtsmixes geht, an dem die Infrastruktureinrichtungen mitwirken.

2. Eigenständige Infrastruktureinrichtungen, Anlaufstellen und Netzwerke zur Engagementförderung als neuer Organisationstyp

Auftrag, Arbeitsweise und Organisationsmodelle

Aufgabe der Infrastruktureinrichtungen und Anlaufstellen lokaler Engagementförderung ist, Bürgerengagement und Bürgerbeteiligung anzuregen, zu fördern, zu koordinieren und zu vernetzen.³ Die Einrichtungen setzen diesen Arbeitsauftrag allerdings unterschiedlich um und unterscheiden sich in ihrer Arbeitsweise, ihrem Selbstverständnis und ihren personellen und finanziellen Ressourcen. Freiwilligenagenturen, Bürgerstiftungen, Selbsthilfekontaktstellen und Seniorenbüros ist gemeinsam, dass sie Engagement interessierte Bürger(innen) beraten und in Organisationen und Einrichtungen vermitteln. Einrichtungen mit einem breiteren Arbeitsprofil beraten und qualifizieren auch Organisationen für die Gewinnung, Begleitung und Zusammenarbeit mit freiwillig Engagierten und unterstützen damit Prozesse einer zivilgesellschaftlichen Organisationsentwicklung. Darüber hinaus initiiert ein Teil der Infrastruktureinrichtungen, die über die entsprechenden personellen Ressourcen verfügen, in Zusammenarbeit mit anderen lokalen Akteuren eigene Projekte, die an Problemen vor Ort anknüpfen. Wenn die Infrastrukturen und Einrichtungen im Gemeinwesen etabliert sind, nehmen sie eine wichtige Rolle ein, um Engagementangebote und Fördermöglichkeiten vor Ort auszubauen und an einer bürgerorientierten Entwicklung mitzuwirken.

Die Arbeitsweise der Einrichtungen, Anlauf- und Kontaktstellen ist durch die Kooperation mit lokalen Akteuren aus anderen gesellschaftlichen Sektoren gekennzeichnet. Sie arbeiten nicht nur mit

¹ Ausführlicher vgl. Röbbke 2009.

² Zum Begriff „Infrastrukturen“ der Engagementförderung vgl. Jakob/Röbbke 2010.

³ Zu den Kernaufgaben Engagement fördernder Infrastrukturen vgl. auch die Diskussionen im Dialogforum 1 „Infrastrukturen“ des „Nationalen Forums für Partizipation und Engagement“ (vgl. Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement 2009a und 2009b).

anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammen, sondern kooperieren mit der Kommunalverwaltung und Kommunalpolitik und arbeiten z.B. bei Projekten im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe und des Bildungsbereichs mit staatlichen Einrichtungen wie Schulen zusammen. In einem Teil der Infrastruktureinrichtungen gibt es auch gemeinsame Projekte mit Unternehmen wie Marktplätze, Freiwilligentage oder Patenschaftsprojekte, bei denen sich Unternehmensmitarbeiter freiwillig engagieren. Die Einrichtungen, die diese sektorenübergreifende Tätigkeit als ihren Auftrag verstehen und wahrnehmen, werden dabei zu *intermediären Organisationen*, indem sie Akteure aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen zusammen bringen und neue Kooperationsbeziehungen stiften (vgl. Bertelsmann Stiftung 2008).

Darüber hinaus ist auch das Organisationsmodell zumindest eines Teils der Infrastrukturen und Anlaufstellen intermediär ausgerichtet. Die Einrichtungen vereinen verschiedene Handlungslogiken: Wenn sie von der Kommune, Land oder Bund mit öffentlichen Mitteln gefördert werden, sind sie Auftrag- und Zuwendungsnehmer. Wenn die Einrichtungen eigene Leistungen wie z.B. eine Engagementberatung an gemeinnützige Organisationen oder die Koordinierung eines unternehmenseigenen Freiwilligentages „verkaufen“, kommt eine unternehmerische Logik zum Tragen. Als Marktteilnehmer treten die Einrichtungen auch auf, wenn sie z.B. als Mehrgenerationenhaus einen Cafébetrieb aufrechterhalten oder Existenzgründer(innen) in ihrem Haus unterstützen.

Für den größten Teil der Organisationen gilt, dass sie auf einem *Finanzierungsmix* basieren, der sich aus verschiedenen Quellen, öffentlichen Zuwendungen, Drittmitteln für Projekte und dem Verkauf eigener Leistungen zusammensetzt. Dies sichert einerseits eine Dynamik, so dass immer wieder neue Aufgabenbereiche generiert und Projekte akquiriert werden. Zugleich resultiert aus dieser Struktur aber auch eine chronische Unterfinanzierung der Einrichtungen. Viele Einrichtungen befinden sich in einer prekären finanziellen Situation, die sich angesichts von Finanzknappheit und Sparzwängen in den Kommunen noch verschärfen könnte. Gerade in Kommunen, in denen es keine systematisch angelegte und in das eigene Leitbild integrierte Engagementförderung gibt, besteht die Gefahr, dass die Unterstützung von Infrastruktureinrichtungen und Vereinen als sog. freiwillige Leistung eingeschränkt oder gar wegfallen könnte (vgl. Bogumil/Holtkamp 2010).

Das Spektrum Engagement fördernder Infrastrukturen⁴

Die mittlerweile flächendeckend verbreiteten etwa 300 *Freiwilligenagenturen und –zentren*⁵ haben einen umfassenden Auftrag zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements, indem sie einzelne Bürger(innen) ebenso wie zivilgesellschaftliche Organisationen und Unternehmen informieren, beraten und qualifizieren. Darüber hinaus haben sich viele Agenturen mit innovativen Projekten, die mit lokalen Partnern zusammen durchgeführt werden, hervor getan. Auch die seit Ende der 1990er Jahre entstandenen 292 *Bürgerstiftungen* verstehen sich als Engagement fördernde Instanzen, die sowohl auf dem bürgerschaftlichen Engagement ihrer Mitglieder und Mitwirkenden beruhen als auch Projekte mit Engagierten fördern oder selbst initiieren. Im Fokus der 212 *Selbsthilfekontaktstellen*, die bereits seit den 1980er Jahren tätig sind, steht die Unterstützung von Selbsthilfe- und Engagementaktivitäten. Als Antwort auf den Strukturwandel des Alters und eine neue Aufmerksamkeit für demografische Veränderungen wurden ebenfalls in den 1980er und 1990er Jahren die ca. 250 *Seniorenbüros* gegründet, die vor allem darauf zielen, die sog. jungen Alten für freiwilliges Engagement und gesellschaftliche Aktivitäten zu gewinnen. Forciert durch Modellprogramme unter der Federführung des BMFSFJ sind in den letzten Jahren 500 *Mehrgenerationenhäuser* entstanden, die für die Umsetzung ihres generationen- und familienpolitischen Auftrags das bürgerschaftliche Engagement nutzen.

⁴ Ausführlicher zu den Aufgabenprofilen und Entwicklungschancen der verschiedenen Einrichtungen vgl. Jakob 2010.

⁵ Die folgenden Zahlen sind entnommen: www.bagfa.de, Hellmann/Wannow 2010, www.mehrgenerationenhaeuser.de, www.seniorenbueros.de, Thiel 2008.

Zusätzlich zu den genannten Einrichtungen kommen als eigenständige Einrichtungen außerhalb von Verbänden hinzu: Nachbarschaftshäuser, soziokulturelle Zentren, Stadtteilbüros, Lokale Agenda 21-Büros, Lokale Bündnisse für Familien, Familienzentren, Dorfläden und Einrichtungen zur Dorferneuerung, Pflegestützpunkte etc., die ihren jeweiligen umwelt- und pflegepolitischen oder auch stadtteil- und gemeinwesenbezogenen Auftrag unter Rückgriff auf zivilgesellschaftliche Strukturen bearbeiten. Neben den eigenständigen trägerübergreifenden Einrichtungen gibt es in vielen Kommunen Anlaufstellen wie Bürgerbeauftragte, Ehrenamtsbüros, Zukunftsbüros etc., die in der Kommunalverwaltung angesiedelt sind und den Auftrag haben, Engagement anzuregen und zu koordinieren.

In Bereichen wie der Stadtentwicklung, der Dorferneuerung oder der Umweltpolitik lässt sich ein Trend beobachten, nach dem eine Orientierung an bürgerschaftlichem Engagement an Bedeutung gewinnt und dabei neue Verbindungen zur Zivilgesellschaftsdebatte hergestellt werden. Dafür sprechen Prozesse in der Stadtentwicklung wie z.B. die Erarbeitung der „Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“, auf die sich die für Stadtentwicklung zuständigen Minister(innen) der EU-Mitgliedsstaaten im Jahr 2007 geeinigt haben.⁶ Die „Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit“ geht in ihrer Positionsbestimmung davon aus, dass Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement an Bedeutung gewinnen werden und setzt bei der Weiterentwicklung einer stadtteilbezogenen Sozialen Arbeit in sozial benachteiligten Stadtteilen auf ein „bürgerorientiertes Quartiers- und Stadtteilmanagement“.⁷ Im Umfeld der umweltpolitisch geprägten Debatten um eine nachhaltige Stadtentwicklung, lässt sich ebenfalls eine neue Aufmerksamkeit für zivilgesellschaftliche Zusammenhänge beobachten. In der sog. „Nürnberger Erklärung: KOMMUNEN STÄRKEN!“, die bei dem letzten Netzwerk-21-Kongress im Dezember 2010 von den Teilnehmer(innen) verabschiedet wurde, wird auf Bürgerbeteiligung und -engagement gesetzt, um die Herausforderungen resultierend aus Klimawandel, demografischen Veränderungen, Armut und Migration zu bewältigen.⁸

Diese Prozesse deuten darauf hin, dass bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft an Bedeutung gewinnen und in ihrem Potenzial für die Bearbeitung gesellschaftlicher Probleme gesehen werden. Allerdings kann dabei keineswegs von einer linearen und nachhaltigen Entwicklung ausgegangen werden. Die Kürzung der nicht-investiven Mittel des Soziale Stadt-Programms, wie sie vor kurzem vom Bundesverkehrsministerium verfügt wurde, untergräbt z.B. eine Neuausrichtung der Stadtentwicklungspolitik und einen Ausbau zivilgesellschaftlicher Strukturen in den benachteiligten Stadtquartieren.

Auch die auf den ersten Blick beeindruckenden Zahlen zur quantitativen Verbreitung von Infrastruktureinrichtungen und Anlaufstellen sind mit Vorsicht zu betrachten. Die Einrichtungen unterscheiden sich erheblich in ihrer personellen Ausstattung und in ihrem Leistungsspektrum. Die Zahlen schließen die kleine, mit einer halben Personalstelle oder gar ehrenamtlich arbeitende Einrichtung ebenso ein wie Organisationen mit mehreren Personalstellen, die seit Jahren erfolgreich tätig sind und in ihrem Bestand vergleichsweise gut gesichert sind. Hinzu kommt, dass in den Einrichtungen der Auftrag zur Engagementförderung unterschiedlich verstanden wird. Während Freiwilligenagenturen, Bürgerstiftungen, Seniorenbüros und Selbsthilfekontaktstellen ihren Kernauftrag in der Ermöglichung und Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements und Selbsthilfe sehen, ist diese Aufgabe bei den Mehrgenerationenhäusern oder Pflegestützpunkten anders angelegt. Sie nutzen das Engagement, um ihren jeweiligen Auftrag wie die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, den Ausbau der Kindertagesbetreuung und die Anregung neuer Generationenbeziehungen umzusetzen. Engagement ist dabei Mittel zum Zweck, um die jeweiligen familien-, generationen- und demografiepolitischen Zielsetzungen zu bearbeiten.

⁶ Vgl. Leipzig Charta o.J.

⁷ Potz/Thies 2009. Die Kürzung der nicht-investiven Mittel des Soziale Stadt-Programms, wie sie vor kurzem vom Bundesverkehrsministerium verfügt wurde, untergräbt allerdings derartige Neuausrichtungen und einen Ausbau zivilgesellschaftlicher Strukturen in den benachteiligten Stadtquartieren.

⁸ „Nürnberger Erklärung:“ O.J.

Infrastruktureinrichtungen als soziale Dienstleister

Die Beispiele verweisen bereits darauf, dass die Engagement fördernden Einrichtungen und Anlaufstellen vielfältige soziale Dienstleistungen erbringen, auch wenn dies nicht ihrem expliziten Auftrag entspricht. Freiwilligenagenturen unterstützen mit Projekten wie Lesepatent Einrichtungen wie Schulen und Kindertageseinrichtungen in ihrem pädagogischen Auftrag. Familienpatent unterstützen die Kinder- und Jugendhilfe bei der Unterstützung von problembelasteten Familien. Seniorenbüros erbringen Beratungsleistungen für ältere Menschen, unterstützen sie bei der Gestaltung des Übergangs von der Erwerbsarbeit in den Ruhestand und arbeiten vielleicht noch an der lokalen Altenhilfeplanung mit. Sie stellen damit nicht nur Angebote für die Senior(innen) bereit, sondern unterstützen auch die Kommune. Mehrgenerationenhäuser stellen Angebote zur Kindertagesbetreuung bereit, unterstützen junge Mütter mit ihren Kindern und organisieren einen Service für haushaltsnahe Dienstleistungen. Dies erfolgt in der Regel als Mix zwischen professionellen Leistungen, bürgerschaftlichem Engagement und privaten Beiträgen.

Die Infrastruktureinrichtungen stellen nicht nur eigene Angebote und Dienste bereit, sondern sie stärken auch lokale Vereine und Organisationen in ihrem Auftrag zur Bearbeitung sozialer Problemlagen. Bürgerstiftungen unterstützen soziale Projekte anderer Träger durch finanzielle und/oder personelle Ressourcen. Freiwilligenagenturen vermitteln engagierte Bürger(innen) in soziale Einrichtungen und tragen damit auch zu einer Öffnung der Organisationen für bürgerschaftliches Engagement bei. Mit Qualifizierungsprojekten wie der Ausbildung von Engagementlotsen werden engagierte Bürger(innen) in die Lage versetzt, sich im Gemeinwesen auch für soziale Belange zu engagieren. Wenn Anlaufstellen und Infrastruktureinrichtungen vernetzend tätig werden, wirken sie daran mit, die Ressourcen von Akteuren aus verschiedenen gesellschaftlichen Sektoren zu bündeln und mischen dabei auch in der kommunalen Sozialpolitik mit. Bislang sind die von Infrastruktureinrichtungen erbrachten sozialen Dienstleistungen vom Umfang her beschränkt und sind vor allem im Bereich der sog. freiwilligen Leistungen angesiedelt. Je mehr sich die Einrichtungen und Anlaufstellen in dem Bereich engagieren, umso stärker werden sie allerdings auch mit den damit verbundenen Konfliktlinien konfrontiert. Dann geht es um Fragen, wie hauptberufliche Mitarbeiter(innen) mit „Ehrenamtlichen“ kooperieren können, welche Rolle die engagierten Bürger(innen) in den Organisationen und Einrichtungen einnehmen, und wie bestimmt sich das Verhältnis der Infrastruktureinrichtungen gegenüber der Kommune.

Als Beispiel für eine erfolgreiche Tätigkeit einer Engagement fördernden Einrichtung, der es gelungen ist, bürgerschaftliches Engagement in soziale Einrichtungen zu integrieren, soll im Folgenden das „Zentrum Aktiver Bürger“ in Nürnberg vorgestellt werden.

3. Das „Zentrum Aktiver Bürger“

Das 1997 gegründete Zentrum Aktiver Bürger (ZAB)⁹ hat im Gegensatz zu vielen Freiwilligenagenturen, die etwa zur gleichen Zeit entstanden, Ehrenamtliche nicht an andere Einrichtungen vermittelt, sondern für eigene Projekte und Gruppen geworben. Heute sind im ZAB über 600 ehrenamtliche und 14 hauptamtliche Mitarbeiter(innen) (entspricht etwa acht Vollzeitstellen) tätig. Das Zentrum verfügt über einen Jahresetat von ca. 500.000 Euro, wovon zwei Drittel aus einem festen Haushaltstitel der Stadt stammen. Damit gehört das ZAB sicher zu den größten Einrichtungen seiner Art in der Bundesrepublik, ein Erfolg, der nur möglich war, weil es bis heute eng mit der kommunalen Sozial- und Bildungspolitik kooperiert.

Im Lauf der Jahre haben sich im ZAB besondere Schlüsselprojekte herausgebildet, die vor allem die Unterstützung von Familien mit Kindern im sozialen Nahraum zum Ziel haben. Hierzu zählen u.

⁹ Näheres unter www.zentrum-aktiver-buerger.de

a. „Große für Kleine – Bürgerengagement in Kitas“¹⁰, ehrenamtliche Familien- und Bildungspatenschaften sowie viele Kooperationen mit Nürnberger Schulen in Brennpunktgebieten. Es waren gerade diese Initiativen, die das ZAB als zivilgesellschaftlichen Partner so attraktiv machten, als die kommunale Sozialpolitik eine systematische Neuausrichtung am sozialen Nahraum anstrebte. Hintergrund dieser konzeptionellen Überlegungen war die Einsicht, dass in bestimmten Brennpunktgebieten sich Armutsrisiken konzentrieren. Materielle Armut gepaart mit Bildungsferne – Nürnberg hat einen besonders hohen Anteil an Schulabbrechern – finden sich vor allem im Süden der Stadt, wo zugleich überdurchschnittlich viele Bewohner mit Migrationshintergrund leben.

In zehn Leitlinien des „Orientierungsrahmens für eine nachhaltige Jugend-, Familien und Sozialpolitik“ wurde diese sozialpolitische Konzeption 2005 vom Stadtrat beschlossen. Vor allem Leitlinie 7 (Bürgerschaftliches Engagement) und 8 (Sozialer Nahraum) sind für die Zusammenarbeit von Stadtverwaltung und ZAB maßgeblich.¹¹ In Leitlinie 7 wird formuliert: „Die Zivilgesellschaft lebt vom Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger. (...) Wir wollen ‚Bürgerwissen, Bürgerzeit und Bürgergeld‘ mobilisieren. Der vorhandene ‚Reichtum an Talenten‘ wird, ergänzend zur und in Partnerschaft mit der professionellen Sozialen Arbeit, dringend benötigt. Insbesondere für eine neue Kultur des Aufwachsens ist die Beteiligung und Verantwortung aller gesellschaftlichen Gruppen erforderlich, um Familien zu entlasten und Bildung und soziale Integration für alle Kinder von Anfang an zu unterstützen.“ Leitlinie 8 profiliert den sozialen Nahraum als zentrales Aktionsfeld kommunaler Sozialpolitik: „Soziale Politik muss da ankommen, wo die Menschen leben: in den Stadtteilen. Unterstützende Maßnahmen können hier all die Menschen erreichen, die in ihrer derzeitigen Lebenssituation weniger mobil sind: Kinder, junge Familien, Alleinerziehende, alte Menschen, kranke Menschen, behinderte Menschen, Menschen ohne Arbeit. Im sozialen Nahraum werden Problemlagen erfahrbar. Hier gilt es aber auch einen Blick für die – oft verborgenen – Potentiale und Schätze der Menschen im Stadtteil und der örtlichen Einrichtungen zu entwickeln und diese Kraft für die Stadtteilgemeinschaft zu nutzen.“

Damit diese Leitlinien keine „Papiertiger“ bleiben, werden sie jährlich mit konkreten Zielen unterlegt, die einer regelmäßigen Überprüfung unterzogen werden. Hierfür sind jeweils Amtsleiter oder Stabsmitarbeiter verantwortlich. Im Zuge der Einführung dieser Leitlinien wurde daher auch eine Stabsstelle für das bürgerschaftliche Engagement im Sozialdezernat neu geschaffen. Zudem wurde in einer internen Vereinbarung das ZAB als zentrale kommunale „Entwicklungs- und Regiestelle des Bürgerschaftlichen Engagements“ in Nürnberg anerkannt.

Damit war die Basis für eine umfangreiche Infrastrukturentwicklung und dauerhafte kommunale Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in enger Verzahnung mit den professionellen sozialen Diensten gelegt. Die strategische Steuerung liegt in der Hand eines Tandems der Leitung des ZAB und des kommunalen Stabsmitarbeiters für das bürgerschaftliche Engagement. Etwa viermal jährlich wird ein Arbeitskreis von städtischen Mitarbeiter(innen), Wohlfahrtsverbänden und ZAB einberufen, um wichtige Weichenstellungen der Sozialpolitik im Kontext mit Entwicklungen des bürgerschaftlichen Engagements zu diskutieren. Hieraus entwickeln sich immer wieder neue Vorhaben, die dann in Kooperation eines städtischen Amtes mit dem ZAB realisiert werden. So sind in den letzten Jahren ehrenamtliche Seniorenpatenschaften oder Hilfen rund um die Geburt entstanden.

Die Tandemlösung der Steuerung setzt sich in der operativen Arbeit im Stadtteil fort: In den durch die Sozialplanung ermittelten Quartieren mit dem höchsten Entwicklungsbedarf wurden kommunale Stadtteilkoordinatoren installiert, die für die Vernetzung der professionellen sozialen, kulturellen und Bildungseinrichtungen zuständig sind. Auf zivilgesellschaftlicher Seite arbeiten sie mit „ZAB-

¹⁰ Das Projektdesign von ‚Große für Kleine‘ ist in einem Onlinehandbuch unter www.iska-nuernberg.de/be-kitas einsehbar.

¹¹ www.soziales.nuernberg.de/pdf/Referat%20V%20Orientierungsrahmen%202009.pdf

Lokalen“ zusammen, deren Arbeit im Kern von einer halben hauptamtlichen Stelle und einem ehrenamtlichen Kompetenzteam getragen werden, die für den Aufbau der Projekte vor Ort, z. B. in Kindergärten und Schulen, verantwortlich sind. Mittlerweile gibt es neben der ZAB-Zentrale, die für übergreifende Aufgaben wie Werbung, Öffentlichkeitsarbeit oder Fortbildungen zuständig ist, vier dieser lokalen Anlaufstellen. Hierzu zählt auch das Nürnberger Mehrgenerationenhaus, das in die sozialräumliche Ausrichtung der kommunalen Sozialpolitik integriert worden ist.

Damit ist in Nürnbergs Sozialpolitik eine stabile Grundlage für die vielfach geforderte Koproduktion von hauptamtlichen Diensten und zivilgesellschaftlichen, ehrenamtlichen Akteuren gelegt, die sich in den kommenden Jahren sicher noch weiterentwickeln wird. Dennoch bleiben Fragen offen, die grundsätzlich jedes bürgerschaftliche Engagement betreffen, das sich ernsthaft auf das Modell einer Koproduktion und eines kommunalen Wohlfahrtsmixes einlässt: Zum einen: Wie kann es gelingen, eine drohende Entwicklung und Reduzierung des Engagements zur Dienstleistung aufzufangen? Je mehr Sozialpolitik mit bürgerschaftlichem Engagement als verlässlicher Ressource rechnet, desto notwendiger ist es, Verbindlichkeit des Engagements sicherzustellen. In Nürnberg versucht man dieser Tendenz dadurch entgegenzusteuern, dass die Stadt neben den gesetzten Schlüsselvorhaben wie Familienpatenschaften oder „Große für Kleine“ jedem ZAB-Lokal auch eine Finanzierung für freie Projekte zur Verfügung stellt. Bei der gegenwärtigen prekären Haushaltslage wird dieser frei disponible Förderanteil allerdings immer geringer. Insofern muss es in den kommenden Jahren noch stärker als bisher gelingen, in der Kommunalpolitik die Überzeugung zu verankern, dass gerade die freie Motivation und der Eigensinn des bürgerschaftlichen Engagements die Voraussetzung für innovative Problemlösungen sind und deshalb (finanzielle) Unterstützung verdienen.

Eine weitere wichtige Frage betrifft den quantitativen Umfang der freiwilligen Tätigkeiten. Immerhin sind mittlerweile über 200 Bürgerinnen und Bürger in Nürnbergs Kindertagesstätten ehrenamtlich tätig. Aber was heißt das bei annähernd 400 Kitas im Stadtgebiet? Freiwilliges Engagement ist eine begrenzte Ressource, und in den kommenden Jahren wird es darum gehen, abschätzen zu lernen, was vom Engagement erwartbar ist, um keiner Illusion Vorschub zu leisten.

4. Schlussfolgerungen für die lokale Engagementförderung

Eigenständige Infrastruktureinrichtungen und Anlaufstellen in der Kommunalverwaltung sind notwendig, um bürgerschaftliches Engagement und Bürgerbeteiligung im lokalen Umfeld zu ermöglichen und zu unterstützen. Dies zeigen die vielfältigen Erfahrungen in Kommunen, die moderne Strukturen einer lokalen Engagementförderung aufgebaut haben. Ob die Kommunen dabei auf eigenständige Einrichtungen in freier Trägerschaft oder auf Anlaufstellen in der Verwaltung oder auf eine Verknüpfung beider Strukturen setzen, hängt von lokalen Entwicklungen, personellen Ressourcen und nicht zuletzt auch von der Größe der jeweiligen Kommune ab. Allerdings müssen zwei Bedingungen erfüllt sein: Eine bürgerorientierte Kommunalentwicklung braucht zumindest ein(e)n Ansprechpartner(in) in der Kommunalverwaltung, damit es nicht bei kurzen Initiativen und einmaligen Projekten bleibt. Des Weiteren muss bei eigenständigen Infrastrukturen in freier Trägerschaft sichergestellt sein, dass es Wege und Formen gibt, mit der Kommune zu kooperieren und damit mit ihren Aktivitäten längerfristige Entwicklungen anzustoßen.

Die Erfahrungen zeigen auch, dass Engagement fördernde Infrastrukturen politisch gewollt sein müssen und dass sie der politischen und finanziellen Unterstützung durch die Kommune bedürfen. In der engagementpolitischen Debatte besteht Konsens, dass Engagementförderung eine professionelle Aufgabe ist, die in Zusammenarbeit mit freiwillig engagierten Bürger(innen) und zivilgesellschaftlichen Akteuren erfolgen sollte, und die aus öffentlichen Mitteln gefördert

werden muss.¹²Nach wie vor besteht allerdings eine erhebliche Diskrepanz zwischen der öffentlichen und politischen Zustimmung zur Arbeit der Infrastruktureinrichtungen und ihrer finanziellen Anerkennung und Absicherung. Viele Einrichtungen befinden sich in einem prekären Status. Angesichts von hoher Verschuldung und Haushaltssicherungskonzepten in den Kommunen besteht große Sorge, dass die Engagementförderung als sog. freiwillige Leistung eingeschränkt wird und dass in der Folge Infrastruktureinrichtungen zur Disposition stehen. Aus unserer Sicht ergeben sich folgende zentrale Anforderungen, um die bestehenden Engagement fördernden Strukturen zu erhalten und möglichst auszubauen:

- *Sicherstellung einer Basisfinanzierung*

Der Bereich bürgerschaftlichen Engagements taugt nur begrenzt dafür, mit den erbrachten Aktivitäten und Leistungen Eigeneinnahmen zu generieren. Auch wenn ein Teil der Einrichtungen mit Einnahmen aus Beratungsleistungen oder Veranstaltungen ihren Etat bestreiten, sind sie weiterhin auf eine öffentliche Förderung angewiesen. Die Versuche, im Kontext des Nationalen Forums für Engagement und Partizipation, Bundesmittel für die lokale Engagementförderung zu gewinnen, sind leider gescheitert. Das federführende Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat Überlegungen in der Richtung mit dem Hinweis auf verfassungsrechtliche Bedenken zurück gewiesen.¹³ Allerdings setzt das Ministerium auf die Weiterentwicklung und Förderung von 450 Mehrgenerationenhäusern bis zum Jahr 2014. Dies mag in einem Teil der Kommunen mit funktionierenden Mehrgenerationenhäusern als Unterstützung wahrgenommen werden. In anderen Kommunen wird damit aber ein Dilemma bundespolitischer Förderpolitik fortgesetzt, bei der zeitlich begrenzte Projekte unabhängig von lokalen Bedingungen vorgegeben werden.

Die lokalen Infrastrukturen und Anlaufstellen sind auf eine grundständige öffentliche Förderung angewiesen und beim derzeitigen Stand sind dabei vor allem die Kommunen gefragt. Dabei geht es nicht um eine Vollfinanzierung, sondern notwendig und sinnvoll ist eine Sockelfinanzierung, die den Einrichtungen ermöglicht, zusätzliche Projekte und Aufträge zu akquirieren. Darüber hinaus besteht für die Einrichtungen die Anforderung, stärker als bislang Möglichkeiten für zusätzliche Einkommens- und Finanzquellen für die eigenen Dienstleistungen zu entwickeln.

- *Aufgabenprofil im sozialen Bereich schärfen*

Angesichts der drängenden gesellschaftlichen Probleme sind neue Ansätze eines kommunalen Wohlfahrtsmixes gefragt. Die Engagement fördernden Einrichtungen und Anlaufstellen könnten stärker als bislang an der Bearbeitung der aktuellen gesellschaftlichen und sozialen Herausforderungen mitwirken. Dabei ginge es nicht darum, die Finanzierungsfragen des Sozialstaats zu lösen; dies wäre eine schlichte Überforderung freiwilligen Engagements. Die Ausweitung bürgerschaftlichen Engagements könnte allerdings einen Beitrag erbringen, z. B. an der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund mitzuwirken oder sozial benachteiligten Kindern Teilhabemöglichkeiten im Stadtteil zu eröffnen.

Eine derartige Aufgabenausweitung und Profilschärfung der Infrastrukturen als soziale Dienstleister wäre auf eine enge Kooperation mit der Kommune und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen angewiesen. Dabei ist gleichzeitig darauf zu achten, bürgerschaftliches Engagement nicht auf die Rolle als kommunaler Dienstleister zu reduzieren, sondern Freiräume für die Eigensinnigkeit des Engagements sicher zu stellen.

¹² Vgl. die Debatten im Kontext des Nationalen Forums für Engagement und Partizipation in: Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement 2010, Bd. 3, S. 114 ff.; Eckpunkte des Deutschen Vereins zum sozialen bürgerschaftlichen Engagement im Gemeinwesen 2009, 537; Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ 2002, 22, 314 f.

¹³ Vgl. <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Presse/pressemitteilungen.did=166938.html>, Zugriff am 27.01.2011

- *Vernetzung der bestehenden Infrastrukturen und Mitgestaltung der lokalen Engagementpolitik*

Für die Engagement fördernden Einrichtungen selbst besteht die Anforderung, verstärkt miteinander zu kooperieren und Netzwerke auszubauen. Insbesondere in Kommunen, in denen es mehrere Einrichtungen gibt, müssen Doppelstrukturen vermieden werden und ist eine Bündelung der Ressourcen notwendig. Darüber hinaus könnten aus vernetzten Strukturen neue Aktivitäten resultieren, die dem bürgerschaftlichen Engagement Gewicht und Aufmerksamkeit verleihen. Hinzu kommt, dass Netzwerke Engagement fördernder Einrichtungen, an denen auch andere zivilgesellschaftliche Organisationen beteiligt sein können, die Position im lokalen Gemeinwesen stärken. Dies wiederum wäre eine günstige Ausgangslage für die Infrastruktureinrichtungen, um stärker als bislang an Strategien für eine lokale Engagementpolitik und einer bürgerorientierten Kommunalentwicklung mitzuwirken. Wenn freiwilliges Engagement nicht auf einen Nischenbereich beschränkt bleiben soll, braucht es eine strategisch angelegte Engagementpolitik, die gemeinsam von den zentralen Akteuren in der Kommune, Kommunalverwaltung und –politik, zivilgesellschaftlichen Akteuren wie Wohlfahrtsverbände, Kirchen und weitere freigemeinnützige Träger, Infrastruktureinrichtungen und evtl. auch Unternehmen, entwickelt wird. Die Erfahrungen lokaler Engagementförderung zeigen, dass dabei die Kommunen eine wichtige Rolle als moderierende Instanzen einnehmen.

Literatur

- Bertelsmann Stiftung (2008): Grenzgänger, Pfadfinder, Arrangeure. Mittlerorganisationen zwischen Unternehmen und Gemeinwohlorganisationen, Gütersloh.
- Bogumil, Jörg/Holtkamp, Lars (2010): Die kommunale Ebene. In: Olk, Thomas/Klein, Ansgar/Hartnuß, Birger (Hrsg.) Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe, Wiesbaden, 382-403.
- Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (2009) (Hrsg.): Nationales Forum für Engagement und Partizipation. Erster Zwischenbericht, Berlin.
- Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (2010) (Hrsg.): Engagement ermöglichen – Strukturen gestalten. Handlungsempfehlungen für eine nationale Engagementstrategie. Nationales Forum für Engagement und Partizipation, Band 3, Berlin.
- Die für Stadtentwicklung zuständigen Minister der Europäischen Union: LEIPZIG CHARTA zur nachhaltigen europäischen Stadt (2010), Forum Wohnen und Stadtentwicklung 4, 177-181.
- Eckpunkte des Deutschen Vereins zum sozialen bürgerschaftlichen Engagement (2009), NDV 1, 533-539
- Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“, Deutscher Bundestag (2002): Bericht Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft., Opladen.
- Hellmann, Bernadette/Wannow, Bodo (2010): Länderspiegel Bürgerstiftungen. Fakten und Trends 2010. Hrsg.: Aktive Bürgerschaft e.V., Berlin
- <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Presse/pressemitteilungen.did=166938.html> (27. Januar 2011)
- Jakob, Gisela (2010): Infrastrukturen und Anlaufstellen zur Engagementförderung in den Kommunen. In: Olk, Thomas/Klein, Ansgar/Hartnuß, Birger (Hrsg.) Engagement-politik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe, Wiesbaden, 233-259.
- Jakob, Gisela/Röbke, Thomas (2010): Gutachten: Engagementförderung als Infrastrukturförderung. In: Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) (Hrsg.): a.a.O., 177-133
- „Nürnberger Erklärung: KOMMUNEN STÄRKEN!“ In:

<http://www.netzwerk21kongress.de/de/resolutionen.asp> (20. Oktober 2010)

Potz, Petra/Thies, Reinhard (2009): Aktivierung von Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt: Handlungsfelder, Handlungsanforderungen und Befunde. In: Newsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 23/2009 vom 20.11.2009.

Röbke, Thomas (2009): Netzwerke im Bürgerschaftlichen Engagement. In: www.wir-fuer-uns.de

www.bagfa.de

www.iska-nuernberg.de/be-kitas

www.mehrgenerationenhaeuser.de

www.seniorenbueros.org

www.soziales.nuernberg.de/pdf/Referat%20V%20Orientierungsrahmen%202009.pdf

www.zentrum-aktiver-buerger.de

Dieser Artikel wird erscheinen in:

Ansgar Klein; Petra Fuchs; Alexander Flohé (Hrsg.) Handbuch kommunale Engagementförderung im sozialen Bereich. Verlag Duetscher verein für öffentliche und private Fürsorge, 2011

Postershops



Name der Institution	Initiative Bürgerstiftungen
Kurzbeschreibung	Die Initiative Bürgerstiftungen ist das unabhängige Kompetenzzentrum für alle Fragen zum Thema Bürgerstiftungen in Deutschland. Sie fördert die bundesweite Netzwerkbildung und den Erfahrungsaustausch unter den deutschen Bürgerstiftungen und wirbt für das Konzept der Bürgerstiftung in der Öffentlichkeit.
Standorte in Bayern	19 Bürgerstiftungen
Verortung der Standorte	Augsburg, Bad Tölz, Erlangen, Freising, Fürstenfeldbruck, Fürth, Günzburg, Hof, Landshut, München, Mindelheim, Neumarkt, Nürnberg, Sauerlach, Steingaden, Schwabach, Wasserburg
Aufgaben & Ziele	Bürgerstiftungen sind unabhängige autonom handelnde, gemeinnützige Stiftungen von Bürgerinnen und Bürgern für Bürger mit möglichst breitem Stiftungszweck. Sie engagieren sich nachhaltig und dauerhaft für das Gemeinwesen in einem geographisch begrenzten Raum und sind in der Regel fördernd und operativ für alle Bürgerinnen und Bürger ihres definierten Einzugsgebietes tätig. Sie unterstützen mit ihrer Arbeit bürgerschaftliches Engagement.
Handlungsfelder & Themenschwerpunkte im Hinblick auf BE	<ul style="list-style-type: none"> > Bildung > Erziehung > Jugend
Projekte & Projektvorhaben im Hinblick auf BE	Ortsabhängige Vorhaben zur Stärkung des BE
Künftige Entwicklungen im Bereich BE	Weiterhin stabiles Wachstum
Ansprechpartner in Bayern	Regionalkurator Bayern Fritz Morgenstern (Ehrevorsitzender der Bürgerstiftung für den Landkreis Fürstenfeldbruck)
Kontaktdaten	www.die-deutschen-buergerstiftungen.de

Name der Institution	lagfa bayern e.V. – Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligen-Agenturen und Freiwilligen-Zentren (FA/FZ)
Kurzbeschreibung	Seit 1998 besteht die Vernetzung der bayerischen FA/FZ und ist seit 2008 als e.V. organisiert. Die lagfa bayern will: <ul style="list-style-type: none"> ➤ die Stärkung der kommunalen Infrastruktur zur Förderung und Vernetzung von BE ➤ die bestehenden FA/FZ in ihrer Arbeit unterstützen durch Fachberatung, Fortbildungen und Qualitätsstandards ➤ Öffentlichkeitsarbeit und Lobbyarbeit für FA/FZ
Standorte in Bayern	74 beruflich besetzte FA/FZ
Verortung der Standorte	Gleichmäßig verteilt in ganz Bayern
Aufgaben & Ziele	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Förderung der Rahmenbedingungen von BE (z.B. Freiwilligen-Koordination, Anerkennung, Aus- und Fortbildung von Freiwilligen, Kostenerstattung und Versicherung) ➤ Beratung von engagementbereiten Bürger/innen und von Organisationen, die mit Freiwilligen arbeiten ➤ Durchführung von innovativen Projekten im BE ➤ Mehr gesellschaftliche Anerkennung für BE
Handlungsfelder & Themenschwerpunkte im Hinblick auf BE	FA/FZ bearbeiten das Thema BE in aller Breite: sowohl von den Einsatzfeldern her, wie auch vom Alter (0 – 99) der Zielgruppen. Ziel ist es, die Engagementbereitschaft und die Kompetenz der Bürger/innen in Projekte, Initiativen, Vereine und Organisationen einzubinden.
Projekte & Projektvorhaben im Hinblick auf BE	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Aufbau von FA/FZ im ländlichen Raum: Koordinierungszentren BE in Landkreisen ➤ Schülerpaten: landesweites Netzwerk-Projekt ➤ Fortbildung für FA/FZ ➤ Ausbau des Qualitätsmanagements von FA/FZ
Künftige Entwicklungen im Bereich BE	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Aufbau kommunaler Vernetzung zu BE ➤ Entwicklung innovativer Projekte und Kooperationen im BE ➤ Unterstützung für Vereine in ihrer Freiwilligen-Koordination
Ansprechpartner in Bayern	Geschäftsführung: Wolfgang Krell Referentin: Isabel Krings Vorstand: Monika Nitsche, Karlheinz Sölch, Ursula Bablok
Kontaktdaten	www.lagfa-bayern.de

**Verein Selbsthilfekontaktstellen
Bayern e.V.**



Name der Institution	Verein Selbsthilfekontaktstellen Bayern e.V.
Kurzbeschreibung	Selbsthilfekontaktstellen und selbsthilfeunterstützende Angebote im Gesundheits- und Sozialbereich
Standorte in Bayern	30 Selbsthilfekontaktstellen
Verortung der Standorte	Meist in Großstädten; z.T. in kleineren Städten mit großem Einzugsbereich
Aufgaben & Ziele	Selbsthilfe weiterentwickeln und stärken
Handlungsfelder & Themenschwerpunkte im Hinblick auf BE	Selbsthilfegruppen aus dem Gesundheits- und Sozialbereich ➤ gründen ➤ vernetzen ➤ fortbilden ➤ in Krisen begleiten ➤ Öffentlichkeitsarbeit und Lobbyarbeit ➤ Förderberatung für SHG
Projekte & Projektvorhaben im Hinblick auf BE	➤ Stärkung der Selbsthilfe im Suchtbereich ➤ Selbsthilfekongress in Ingolstadt am 4.11.11 ➤ Lebendige Gruppenarbeit: Fortbildung 6.-8.4.11
Künftige Entwicklungen im Bereich BE	Entwicklung einer Internet-Plattform „Selbsthilfe interaktiv“ - gemeinsam mit der Bundesebene
Ansprechpartner in Bayern	Theresa Keidel, Geschäftsführung SeKo Bayern Jochen Peters, Vorstand SeKo Bayern
Kontaktdaten	www.seko-bayern.de



Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser

Name der Institution	Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser des BMFSFJ
Kurzbeschreibung	Bundesweit 500 MGH unterschiedlicher Herkunftstypen als Orte der Begegnung für Menschen aller Generationen.
Standorte in Bayern	91 Mehrgenerationenhäuser
Verortung der Standorte	In jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt ein MGH; in München drei
Aufgaben & Ziele	Förderung des Miteinanders von Menschen unterschiedlicher Lebensalters
Handlungsfelder & Themenschwerpunkte im Hinblick auf BE	<ul style="list-style-type: none">➤ Einbezug aller Generationen auf Augenhöhe➤ Beratung➤ Betreuung von Kindern und Älteren➤ offener Treff als Kommunikationsplattform und Türöffner für niederschwellige Angebote➤ Kooperation mit der Wirtschaft➤ Informations- und Dienstleistungsbörse➤ Work-Life-Balance➤ z.T. Verbesserung des Zugangs zum Arbeitsmarkt
Projekte & Projektvorhaben im Hinblick auf BE	Nochmaliges Schwerpunktthema ab September 2011 im Aktionsprogramm mit Fachtagung und bundesweitem Austausch
Künftige Entwicklungen im Bereich BE	Bundesweite Internet-Plattform bei der sich alle beteiligten Mehrgenerationenhäuser vernetzen
Ansprechpartner in Bayern	Ruth Burchard, Serviceagentur im Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser Annemarie Gerzer-Sass; Serviceagentur im Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser
Kontaktdaten	www.mehrgenerationenhaeuser.de

Landesverband Mütter- und Familienzentren in Bayern e.V.



Name der Institution	Mütter- und Familienzentren in Bayern
Kurzbeschreibung	Öffentliche, selbst organisierte Einrichtungen/Treffpunkte sowie erste Anlaufstellen, Kontakt- und Informationsstellen für junge Familien.
Standorte in Bayern	112 Einrichtungen
Verortung der Standorte	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Mittelfranken 10 Zentren ➤ Niederbayern 3 Zentren ➤ Oberbayern 68 Zentren ➤ Oberfranken 9 Zentren ➤ Oberpfalz 8 Zentren ➤ Schwaben 9 Zentren ➤ Unterfranken 3 Zentren
Aufgaben & Ziele	Gegenseitige Unterstützung und Entlastung von Familien. Angebote und soziale Netzwerke schaffen, damit Familienleben von Anfang an gelingt.
Handlungsfelder & Themenschwerpunkte im Hinblick auf BE	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Offener Treff: niederschwelliges Begegnungsangebot ➤ flexible Kinderbetreuung ➤ Beratung ➤ Informationen ➤ Fortbildungen ➤ Entlastende Haushaltsangebote ➤ Angebote für MigrantInnen ➤ Familienbildungsangebote <p>Jede(r) Einzelne kann sich engagieren und mitgestalten, Neues ausprobieren und die eigene Kompetenz einbringen.</p>
Projekte & Projektvorhaben im Hinblick auf BE	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Familienpaten-Projekt in Kooperation mit DKSB, KDFB und ZAB ➤ Aufsuchender Dienst ➤ Vernetzung international mit Mütterzentren aus Spanien, Italien, Österreich, Holland und Tschechien sowie der Slowakei zum Thema BE im Vergleich ➤ Verschiedene Aktionen zum E.J.F. 2011
Künftige Entwicklungen im Bereich BE	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Weiterer Ausbau und Verbreitung des Konzeptes „Mütterzentren“ ➤ Aufbau neuer Standorte ➤ Anpassung des Konzeptes an die neuen Lebens-, Zeit- und Arbeitsbedingungen von Familien ➤ Intergenerativer Ansatz
Ansprechpartnerin in Bayern	Susanne Veit, Geschäftsführung Landesverband Mütter- und Familienzentren in Bayern e.V.
Kontaktdaten	www.mueterzentren-in-bayern.de

Seniorenbüros in Bayern



Name der Institution	Seniorenbüros in Bayern
Kurzbeschreibung	Seniorenbüros sind Einrichtungen an der Schnittstelle zwischen offener Altenhilfe und Engagementförderung. Die vielfältigen Angebote und Projekte dienen der Verbesserung der Lebensqualität im Alter, der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und der Kooperation und Vernetzung im kommunalen Umfeld.
Standorte in Bayern	ca. 22 Einrichtungen
Verortung der Standorte	Gleichmäßig verteilt in ganz Bayern
Aufgaben & Ziele	Seniorenbüros in Bayern sind: <ul style="list-style-type: none"> ➤ Anlaufstellen für selbstorganisiertes bürgerschaftliches Engagement von Menschen ab 50 Jahren ➤ Büros für Sozialplanung und Projektmanagement ➤ Knotenpunkte gemeinwesenorientierter Seniorenarbeit ➤ Kontaktstellen für seniorenspezifische Fragestellungen, Beratung und Information ➤ Agenturen für innovative Projektentwicklung ➤ Orte des Generationendialogs und von generationsübergreifenden Projekten, Kooperation mit MGH ➤ Informations- und Beratungszentren, die Versorgung älterer Menschen sichern und optimieren ➤ Experten der Engagementförderung Älterer in enger Kooperation mit Wohlfahrtsverbänden und weiteren Organisationen vor Ort
Handlungsfelder & Themenschwerpunkte im Hinblick auf BE	siehe oben
Projekte & Projektvorhaben im Hinblick auf BE	Projekte in allen gesellschaftlichen Bereichen: <ul style="list-style-type: none"> ➤ Engagementbörse und Engagementberatung ➤ Generationsübergreifende Projekte ➤ Freiwilligendienste aller Generationen ➤ Handwerkliche Hilfen und Besuchsdienste ➤ Kulturelle und Bildungsangebote, z.B. Internet ➤ Gesundheitsprävention und Wohnberatung ➤ Freizeit- und Begegnung, z.B. Gesprächskreise
Künftige Entwicklungen im Bereich BE	Ausbau von Kooperationen und Netzwerkarbeit: <ul style="list-style-type: none"> ➤ Kooperation mit Pflegestützpunkten sowie mit Mehrgenerationenhäusern ➤ Kooperationen im Bereich Leben und Wohnen sowie mit Seniorenvertretungen ➤ Mitarbeit an seniorenpolitischen Gesamtkonzepten ➤ Stärkung der Bürgerbeteiligung ➤ Gewinnung von Freiwilligen, Nachwuchs im Engagement ➤ Berücksichtigung der Veränderungen in der Bereitschaft zur Übernahme von freiwilligem Engagement.
Ansprechpartner in Bayern	Wolfgang Unterholzner, Seniorenamt der Stadt Regensburg
Kontaktdaten	www.seniorenbueros-bayern.de

Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen

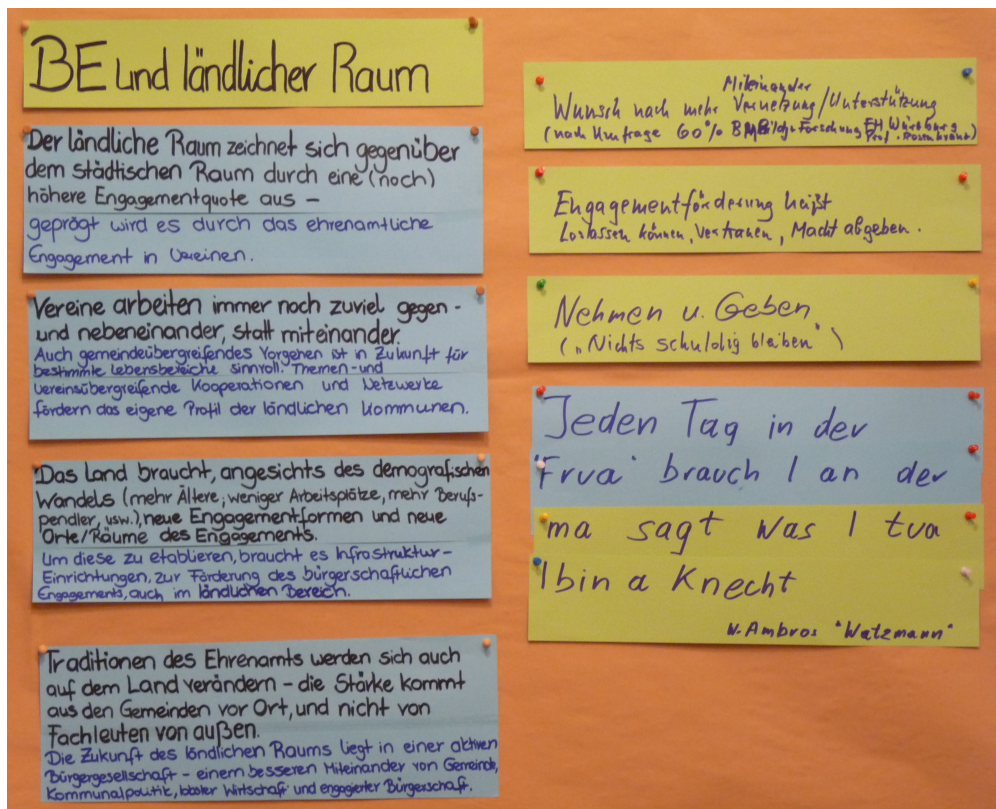
Thementisch 1

Bürgerschaftliches Engagement und ländlicher Raum

Moderation & Input

Wolfgang Krell, Geschäftsführer lagfa bayern e.V.

Jochen Peters, Vorstand Selbsthilfekoordination Bayern e.V.



1. Es bestand allgemeiner Konsens bezüglich der Aussage: Der ländliche Raum zeichnet sich gegenüber dem städtischen Raum durch eine (noch) höhere Engagementquote aus - geprägt wird sie durch das ehrenamtliche Engagement im Verein.
2. Vereine arbeiten immer noch zu viel gegen- und nebeneinander, statt miteinander. Ein gemeindeübergreifendes Vorgehen ist in Zukunft für bestimmte Lebensbereiche sinnvoll. Themen- und vereinsübergreifende Kooperationen und Netzwerke fördern das eigene Profil der ländlichen Kommunen. Diese Profile müssen die einzelnen Kommunen allerdings noch herausarbeiten.
3. Das Land braucht, angesichts des demografischen Wandels (mehr Ältere, weniger Arbeitsplätze, mehr Berufspendler usw.), neue Engagementformen und neue Orte / Räume des Engagements. Diese müssen sich aber erst etablieren. Infrastruktureinrichtungen können dabei wesentlich zur Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements, auch im ländlichen Bereich, beitragen. Allerdings wird die Zusammenarbeit von gewachsenen und traditionellen Einrichtungen und Institutionen des neuen Engagements oftmals durch gegenseitige Unkenntnis und Konkurrenzdenken erschwert.

4. Die Traditionen des Ehrenamts werden sich auch auf dem Land verändern - die Stärke kommt aus den Gemeinden vor Ort und nicht von Fachleuten von außen. Die Zukunft des ländlichen Raums liegt in einer aktiven Bürgergesellschaft - einem besseren Miteinander von Gemeinde, Kommunalpolitik, lokaler Wirtschaft und engagierter Bürgerschaft. Aktive Bürgergesellschaft bedeutet aber auch Strukturen vor Ort anzubieten, dort, wo Engagementförderung noch kein Thema ist.

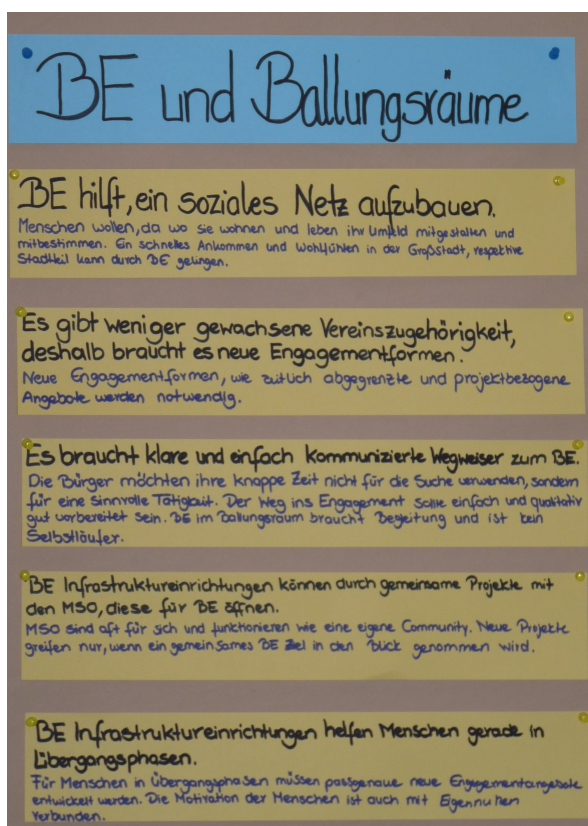
Thematisch 2

Bürgerschaftliches Engagement und Ballungsräume

Moderation & Input

Monika Nitsche, Vorstand lagfa bayern e.V.; Leiterin Freiwilligenagentur Tatendrang

Susanne Veit, Geschäftsführerin Landesverband Mütter- und Familienzentren in Bayern e.V.



1. BE hilft ein soziales Netz aufzubauen. Menschen wollen, da wo sie leben ihr Umfeld mitgestalten und mitbestimmen. Ein schnelles Ankommen und Wohlfühlen in der Großstadt, im respektive Stadtteil kann durch BE gelingen. Primär geht es hier um die Singles, die Vollzeitarbeitenden, die vielleicht einen Ausgleich suchen oder ihr Know-how einbringen und weiterentwickeln wollen. Genau diese Leute bereichern u.a. Freiwilligenagenturen und -zentren. Für Zugezogene spielen ein guter Start bzw. der schnelle Einstieg ins Stadtleben wesentliche Rollen.
2. Es gibt weniger gewachsene Vereinszugehörigkeit, deshalb braucht es neue Engagementformen wie beispielsweise Angebote, die zeitlich begrenzt und projektbezogen sind.
3. In dieser Arbeitsgruppe kam die Frage auf, wie potenziell Engagierte, aber auch gemeinnützige Organisationen im Ballungsraum Zugänge zum BE finden. Es waren sich alle einig, dass es klare und einfach kommunizierte Wegweiser zum BE braucht. Die Bürger möchten ihre knappe Zeit

nicht für die Suche verwenden, sondern für eine sinnvolle Tätigkeit. Oftmals stellen regionale Arbeitsgruppen das Bindeglied zu den Infrastruktureinrichtungen dar.

Nach wie vor spielen bei der Akquise von Engagierten die Printmedien (Flugblätter in verschiedenen Sprachen, Porträts von Freiwilligen in Stadtteilblättern) eine wesentliche Rolle. Aber auch das Internet wird immer häufiger in den Fokus genommen. BE im Ballungsraum braucht Begleitung und ist kein Selbstläufer. Man wird nicht ins Engagement hinein geboren, sondern die Institution muss wirklich etwas dafür tun. Daher braucht es fachliche Betreuung vor Ort.

4. Die Gewinnung von Migrantenselbstorganisationen (MSO) für BE ist nicht immer einfach. Sie sind oft für sich und funktionieren wie eine eigene Community. Wir haben von Beispielen gehört, die demonstrieren, dass eine Zusammenarbeit durch gemeinsame Projekte gelingt. Positive Erfahrungen wurden beispielsweise beim Angebot von Fortbildungen für Vereine und MSO gemacht. Unterstützung der Multiplikatoren von MSO als Türöffner und die persönliche Ansprache spielen eine wesentliche Rolle. Neue Projekte greifen nur, wenn ein gemeinsames BE-Ziel in den Blick genommen wird. Auch die Grenzen der Kooperation wurden anhand eines Beispiels, dem nationalen Mütterforum, aufgezeigt.
5. BE Infrastruktureinrichtungen helfen Menschen gerade in Übergangsphasen bzw. Krisenphasen. Für Menschen in Übergangsphasen müssen passgenaue, neue Engagementangebote entwickelt werden. Motivation ist auch mit Eigennutzen verbunden. Hier darf der Blick auf die Selbsthilfe nicht vergessen werden. Diese hilft in Krisenphasen und Übergangsphasen und daher bedarf es individueller Angebote und Motivation der Menschen. Es wurde darauf hingewiesen, dass mit Augsburg bereits ein gutes Beispiel für eine sehr gute Zusammenarbeit zwischen Mehrgenerationenhaus und Freiwilligenzentrum gegeben ist.

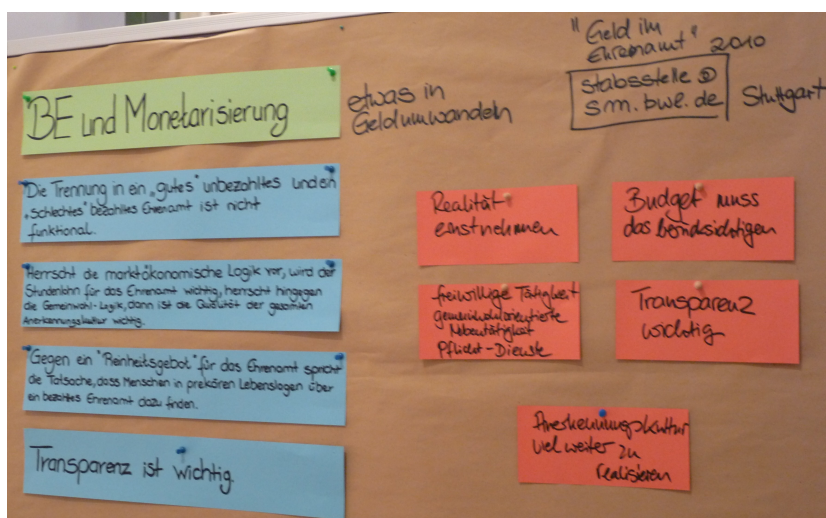
Thematisch 3

Bürgerschaftliches Engagement und Monetarisierung

Moderation & Input

Dr. Gerlinde Wouters, FöBe München / Dr. Thomas Rübke, Landesnetzwerk BE Bayern

Susanne Frank, Landesverband der Familien- und Mütterzentren Bayern e.V.



1. Die Trennung in ein "gutes" unbezahltes und ein "schlechtes" bezahltes Ehrenamt ist nicht funktional. Hierbei kommt es auf die Einrichtung, die Organisation oder auf die Tätigkeit an. Es ist

keinesfalls so, dass das unbezahlte Ehrenamt immer das "gute Ehrenamt" und das bezahlte Ehrenamt immer das "schlechte" ist. Ein bezahltes Ehrenamt muss auch immer im Budget der Einrichtung Berücksichtigung finden. Selten ist ein solches vorhanden und kann meist nur durch öffentliche Mittel bzw. aus Kooperationen mit der Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden.

2. Herrscht die marktökonomische Logik vor, wird der Stundenlohn für das Ehrenamt wichtig, herrscht hingegen die Gemeinwohl-Logik, dann ist die Qualität der gesamten Anerkennungskultur wichtig. Ebenso kontrovers wurde der Stundenlohn für Ehrenamt diskutiert. Einige Teilnehmer waren der Meinung es braucht keinen Stundenlohn, höchstens eine Aufwandsentschädigung.
3. Gegen ein "Reinheitsgebot" für das Ehrenamt spricht die Tatsache, dass Menschen in prekären Lebenslagen über ein bezahltes Ehrenamt ins Engagement finden.
4. Transparenz spielt beim Thema Monetarisierung eine wesentliche Rolle. Sowohl die innere (Welche Tätigkeit wird wie entlohnt bzw. anerkannt?), als auch Transparenz nach außen (Wie wird bei uns in der Organisation die Bezahlung von Ehrenamt gehandhabt?).
5. Eine klare Abgrenzung von haupt- und ehrenamtlich besetzten Stellen ist nötig, auch im Hinblick auf Entlohnung bzw. Aufwandsentschädigung. Auch die Anerkennungskultur sollte in jeder Institution Berücksichtigung finden, beispielsweise in Form von Qualifizierung und Fortbildung.

Die Diskussionen in dieser Arbeitsgruppe machten deutlich, dass die Begrifflichkeiten für Ehrenamt nicht einheitlich definiert sind. Was bedeutet Ehrenamt für den Einzelnen? Wo liegt der Unterschied von Ehrenamt und freiwilliger Tätigkeit bzw. freiwilligem Engagement? Ist freiwillige Tätigkeit immer mit Unentgeltlichkeit gleichzusetzen? Handelt es sich bei einer gemeinwohlorientierten Tätigkeit um eine bezahlte Nebentätigkeit? Hier besteht weiterhin Klärungsbedarf.

Die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe zeigten, dass das Thema Monetarisierung ein sehr kontroverses ist, das ambivalent diskutiert und an dem weitergearbeitet werden muss.

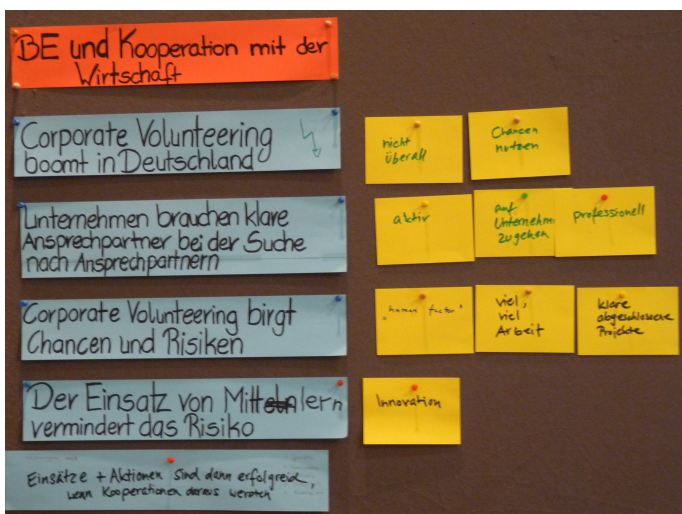
Thematisch 4

Bürgerschaftliches Engagement und Kooperation mit der Wirtschaft

Moderator & Input

Birgit Kretz, Zentrum Aktiver Bürger

Ruth Burchard, Serviceagentur im Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser



1. Nicht alle Teilnehmer waren der Meinung, dass Corporate Volunteering in Deutschland boomt. Einige vertraten sogar den Standpunkt, der Trend geht wieder weg von Kooperationen mit der Wirtschaft. Bei möglichen Kooperationschancen sollte man auf die interessierten Unternehmen zugehen und sie auf die Thematik aufmerksam machen.
2. Unternehmen und gemeinnützige Organisationen brauchen klare Ansprechpartner bei der Suche nach Kooperationspartnern. Eine gewisse Professionalität ist dabei unabdingbar d.h. man muss sich gut auskennen und sein Vorhaben gut begründen können. Auch muss man als Organisation aktiv werden und gezielt auf potenzielle Partner aus der Wirtschaft zugehen.
3. Corporate Volunteering birgt Chancen und Risiken für alle Beteiligten. Um die Zusammenarbeit mit Unternehmen als Chance zu sehen ist es zunächst wichtig, sich über die Arbeit, die damit einhergeht bewusst zu sein. Gelingt es beispielsweise ein Unternehmen für die Renovierung eines Raumes zu gewinnen, fängt damit die Arbeit für die Institution erst an, da die Vorbereitung einer solchen Aktion meist vollständig in deren Verantwortung liegt. Ist man sich dessen bewusst, ist der Grundstein für klare, abgeschlossene Projekte gelegt.
4. Der Einsatz von Mittlern, die Unternehmen und Gemeinnützige zusammenbringen und unterstützend tätig werden, kann dazu beitragen das Risiko zu vermindern.
5. Einsätze und Aktionen sind meist dann erfolgreich, wenn langfristige Kooperationen daraus entstehen. Dabei können sich beispielsweise Spenden als Türöffner erweisen.

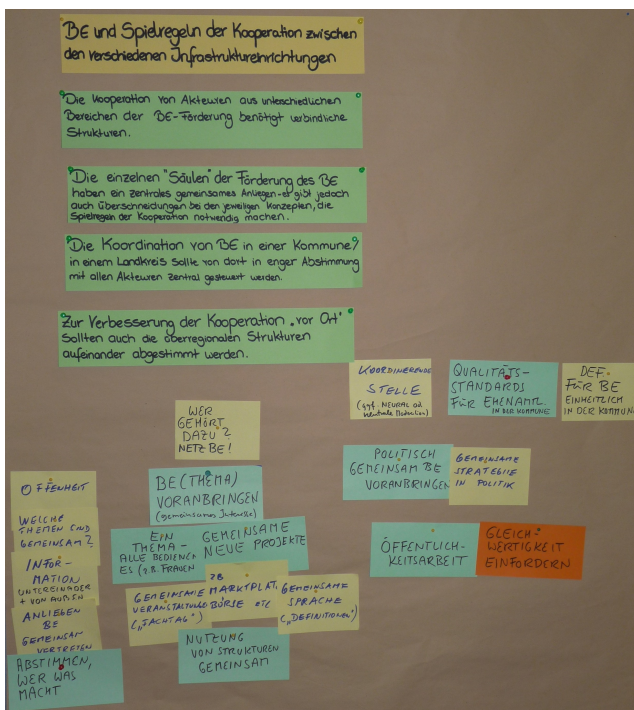
Thematisch 5

Bürgerschaftliches Engagement und Spielregeln der Kooperation zwischen den verschiedenen Infrastruktureinrichtungen

Moderation & Input

Eva Kreling, Selbsthilfekontaktstelle München; Vorstand Selbsthilfe Koordination Bayern e.V.

Peter Ferstl, Bürgerhaus, Mehrgenerationenhaus mit Seniorenbüro / Ingolstadt



1. Die einzelnen "Säulen" der Förderung des BE haben ein zentrales gemeinsames Anliegen - es gibt jedoch auch Überschneidungen bei den jeweiligen Konzepten, die Spielregeln der Kooperation notwendig machen. Daher ist Bestandsaufnahme wichtig. Wer gehört eigentlich dazu? Mit wem will man sich vernetzen? Welche Möglichkeiten der Kooperation gibt es in der Kommune, an dem jeweiligen Standort? Welche Gemeinsamkeiten gibt es? Eine wichtige Rolle spielt die Bereitschaft, sich auf andere Institutionen einzulassen und die Erkenntnis, dass es Themen gibt, die gemeinsam bedient werden müssen bzw. können.
2. Die Kooperation von Akteuren aus unterschiedlichen Bereichen der BE-Förderung benötigt verbindliche Strukturen. Hierbei spielen Aspekte wie Transparenz und Offenheit eine Rolle. Neben gegenseitiger Information ist auch die Abstimmung für eine gelingende Zusammenarbeit wesentlich. Nach dem Motto: "Wenn ihr das bedient, dann übernehme ich das." Nur so kann Konkurrenzdenken vermieden werden.
3. Die Koordination von BE in einer Kommune / in einem Landkreis sollte von dort in enger Abstimmung mit allen Akteuren zentral gesteuert werden. Wesentlich hierfür sind die Koordinatoren vor Ort sowie die bedarfsgerechte Schaffung einer koordinierenden Stelle, in welcher Gestalt auch immer, beispielsweise kommunal oder in Form eines Verbundes.
4. Zur Verbesserung der Kooperation "vor Ort" sollten auch die überregionalen Strukturen aufeinander abgestimmt werden. Hier ging es nicht zuletzt um Qualitätsstandards im Bereich BE, auch in Kooperation mit den überregionalen Strukturen. Wichtig ist eine gemeinsame Umsetzung des Themas BE.

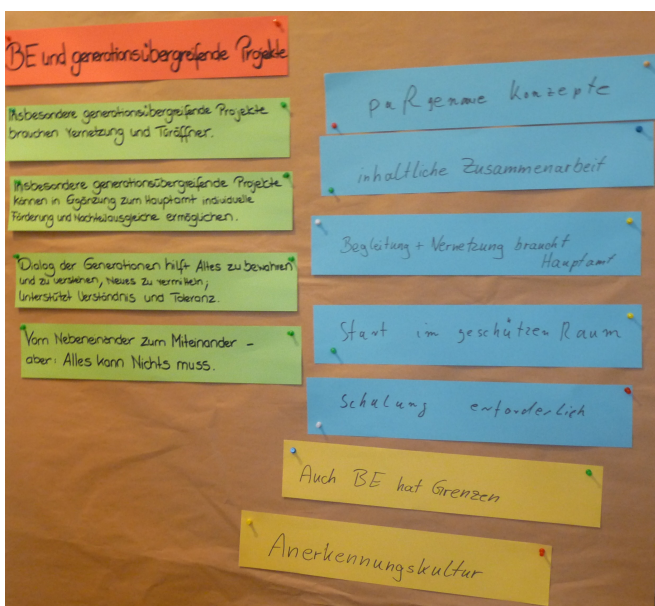
Thematisch 6

BE und generationsübergreifende Dienste

Moderation & Input

Christiane Heil, Mehrgenerationenhaus Erlangen

Wolfgang Unterholzner, Seniorenamt Stadt Regensburg



Die Arbeit in der Gruppe zeigte, dass bereits über Generationen hinaus ein guter Austausch

stattfindet. Folgende wesentliche Aspekte wurden erarbeitet:

1. Insbesondere generationsübergreifende Projekte brauchen Vernetzung und Türöffner. Für den Generationendialog spielt die Nutzung vorhandener Strukturen eine wesentliche Rolle. Beispielsweise bieten Schulen einen guten Zugang für Senioren, um an die Schüler heranzutreten.
2. Vom Nebeneinander zum Miteinander - aber: Alles kann - Nichts muss. Ermöglichen von Freiräumen spielt eine wichtige Rolle. Jede Generation soll die Möglichkeit haben, sich in Ihren Reihen auszutauschen und unter sich zu sein.
3. Die inhaltliche Zusammenarbeit kann als Brücke für das Zusammentreffen von Jung und Alt fungieren. Beispielsweise bietet ein Spieleabend die Gelegenheit des gegenseitigen Kennenlernens. Der Dialog der Generationen hilft Altes zu bewahren und zu verstehen, Neues zu vermitteln und unterstützt Verständnis und Toleranz.
4. Insbesondere generationsübergreifende Projekte können in Ergänzung zum Hauptamt individuelle Förderung und Nachteilsausgleiche ermöglichen. Um z.B. übergreifende Projekte tatsächlich auch gefördert zu bekommen ist Kreativität gefragt. Evtl. können Bürgerstiftungen oder sonstige Kooperationspartner gewonnen werden, die es ermöglichen, generationsübergreifende Projekte auf neue Art und Weise zu finanzieren.

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen zeigen, es gibt bereits durchaus gewisse Übereinstimmungen in den verschiedenen Formen des Bürgerschaftlichen Engagements. An diesen guten Beispielen sollte man sich orientieren und bereits bestehenden Vernetzungen ausbauen und vertiefen. Hierbei ist eine Abstimmung, die auf Augenhöhe erfolgt, wichtig.

Es gibt aber auch kontroverse Themen, wie beispielsweise die Monetarisierung oder die Finanzierungsmöglichkeiten. Nicht selten hemmen fehlende stabile Finanzierungsgrundlagen mögliche Synergien. Vielmehr begünstigen sie Konkurrenzdenken untereinander und führen zum Aufbau von Vorurteilen.

Mit dieser Tagung wurde bereits der Grundstein gelegt, diese Kontroversen anzugehen und auch weiterhin daran zu arbeiten.

Abschluss

Thomas Rübke diskutierte die Erstellung eines Thesenpapiers, in dem die wesentlichen Ergebnisse der Thementische zusammengefasst werden sollen. Dieses Papier soll für die Weitergabe an politische Akteure genutzt werden. Die Meinungen hierzu waren sehr kontrovers. Man einigte sich schließlich darauf, dass sich das Landesnetzwerk BE Bayern sowie ein Vertreter von jedem Einrichtungstyp zu einer Redaktionsgruppe zusammenschließen und aus den Ergebnissen ein kurzes, aussagekräftiges Papier erstellen. Ein erstes Treffen der Redaktionsgruppe wird voraussichtlich im Juli stattfinden.

Das Papier soll dann dem "Runden Tisch Bürgerschaftliches Engagement" vorgelegt werden, mit der Aufforderung, in einer seiner Sitzungen das Thema Infrastrukturen des Bürgerschaftlichen Engagements in den Fokus zu nehmen. Dies wurde bereits durch Thomas Rübke veranlasst.

Teilnehmerliste

Bürgerstiftungen

Vera Finn, Bürgerstiftung Region Neumarkt

Ulrike Huttner, Freiwilligenagentur der Bürgerstiftung Augsburger Land

Helmut Kolb, Bürgerstiftung Nürnberg

Dr. Burkhard Küstermann, Initiative Bürgerstiftungen

Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligen-Agenturen/Freiwilligen-Zentren in Bayern

- **Ursula Erb**, lagfa bayern e.V.
- **Monika Graf**, Freiwilligenagentur Oberallgäu
- **Olivia Hahn**, lagfa bayern e.V.
- **Wolfgang Krell**, Geschäftsführer lagfa bayern e.V.
- **Birgit Kretz**, lagfa bayern e.V.
- **Monika Nitsche**, Vorstand lagfa bayern e.V.
- **Michael Reichert**, Freiwilligenzentrum München
- **Agathe Schreieder**, Freiwilligenagentur Dingolfing - Landau
- **Carmen Schüller**, Freiwilligenzentrum Günzburg
- **Karlheinz Sölch**, Vorstand lagfa bayern e.V.
- **Cornelia Wagner**, Freiwilligenagentur Ehrensache im Landkreis Mühldorf a. Inn e.V.
- **Sabine Weißfuß**, Freiwilligenzentrum Ostallgäu

Mehrgenerationenhäuser

7. **Eva Bechmann**, Mehrgenerationenhaus Bad Rodach
8. **Ruth Burchard**, Serviceagentur im Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser
9. **Christiane Heil**, Mehrgenerationenhaus Erlangen
10. **Helmut Kellner**, Mehrgenerationenhaus Illschwang
11. **Silvia Leithner**, Mehrgenerationenhaus Ingolstadt
12. **Fanz Josef Sauer**, Mehrgenerationenhaus Binsfeld
13. **Birgit Ritter**, Mehrgenerationenhaus Augsburg
14. **Pia Schmidt**, Mehrgenerationenhaus Kulmbach
15. **Heike Syma**, Mehrgenerationenhaus Wunsiedel

16. **Kerstin Wenzel**, Mehrgenerationenhaus Fürth

17. **Gabriele Zobel**, Mehrgenerationenhaus Lindau

Mütter- und Familienzentren

- **Susanne Baier**, Landesverband Mütter- und Familienzentren in Bayern e.V. & Mütter-Väter-Zentrum Neuhausen e.V.
- **Petra Frank**, Landesverband Mütter- und Familienzentren in Bayern e.V.
- **Brigitta Grasser**, Familienzentrum Poing
- **Bisserka Herud**, Internationales Mütterforum
- **Heinz Herud**, Internationales Mütterforum
- **Waltraud Kröner**, Mütterzentrum Giesing
- **Annette Oefelein**, Mütterzentrum Sendling
- **Volker Reith**, Nachbarschaftshilfe & Familienzentrum Seefeld
- **Patricia Schneider**, Mütterzentrum & Mehrgenerationenhaus Bamberg
- **Renate Specht**, Familienzentrum Oberstaufen
- **Heike Sternemann**, Mütterzentrum "Frau Mütze" Germering
- **Susanne Veit**, Geschäftsführerin Landesverband der Mütter- und Familienzentren in Bayern e.V.

Selbsthilfekontaktstellen

- **Brigitte Bakalov**, Kiss Kontaktstelle Mittelfranken
- **Theresa Keidel**, Geschäftsführerin Selbsthilfekoordination Bayern
- **Eva Kreling**, Vorstand Selbsthilfekoordination Bayern & Selbsthilfezentrum München
- **Jochen Peters**, Vorstand Selbsthilfekontaktstellen Bayern e.V.
- **Marie Theres Roozen**, Selbsthilfekontaktstelle Berchtesgadener Land
- **Dagmar Friemel-Sturm**, Selbsthilfekontaktstelle Traunstein
- **Irena Tezak**, Selbsthilfekoordination Bayern
- **Ursula Wichtermann**, Aktivbüro der Stadt Würzburg
- **Dr. Gerlinde Wouters**, FÖBE München
- **Marianne Zollner**, Mehrgenerationenhaus Mühldorf & Mitglied Selbsthilfekoordination

Seniorenbüros

Anna-Maria Birkner, Seniorenbüro Pfaffenhofen a.d. Ilm

Peter Ferstl, Bürgerhaus, Mehrgenerationenhaus mit Seniorenbüro/ Ingolstadt

Christian Floerke, Seniorenbüro Erlangen

Gabrielle Glas, Seniorentreff Starnberg

Gabriella Hinn, Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros e.V.

Johannes Keppeler, Seniorenbüro der Stadt Kaufbeuren

Helmut Kilian, Seniorentreff Starnberg

Elfriede Küttinger, Treffpunkt aktive Bürger; Seniorenbüro Forchheim

Rainer Möschke, Treffpunkt Seniorenbüro Regensburg

Hans Münck, HerzoSeniorenbüro Herzogenaurach

Wiltrud Nosse, Bürgerhaus, Mehrgenerationenhaus mit Seniorenbüro/ Ingolstadt

Manfred Spachinger, Seniorenbüro Pfaffenhofen a.d. Ilm

Friedrich Speth, HerzoSeniorenbüro Herzogenaurach

Wolfgang Unterholzner, Seniorenamt, Stadt Regensburg

Sonstige

1. **Bernd Hein**, Landes-Caritasverband Bayern
2. **Prof. Dr. Doris Rosenkranz**, Hochschule für angewandte Wissenschaften Fachhochschule Würzburg-Schweinfurt
3. **Antje Krüger**, Paritätischer Landesverband Bayern
4. **Veronika Schneider**, Geschäftsführerin Landesseniorenvertretung Bayern
5. **Andreas Schultz**, Paritätischer Bezirksverband Oberbayern

Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern

1. **Christina Flurschütz**, Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern
2. **Susanne Gumbmann**, Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern
3. **Dr. Thomas Röbbke**, Geschäftsführer Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern

Kurzkonzeption



Ausrichtung an den Grundwerten des Unternehmensleitbildes

Die Generali Deutschland Holding AG hat den Generali Zukunftsfonds (im weiteren GZF) Mitte 2008 als nachhaltiges Instrument zur Wahrnehmung der gesellschaftlichen Verantwortung des Unternehmens etabliert. Damit wird eine seit 1825 bestehende Tradition fortgesetzt und das gesellschaftliche Engagement des Unternehmens unter das Leitthema „Demographischer Wandel – Unsere gemeinsame Herausforderung“ gestellt.

Fokus: Bürgerschaftliches Engagement der Älteren

Diesem gewaltigen Veränderungsprozess müssen sich Staat, Wirtschaft und Gesellschaft gemeinsam stellen. Alle wissen, dass die mit dem mittel- und langfristigen demographischen Wandel auf uns zukommenden gesellschaftlichen Herausforderungen mit den Mitteln des herkömmlichen Sozialstaats und der bisherigen Struktur seiner Wohlfahrtsverbände nicht gelöst werden können. Ein möglicher Lösungsansatz für die bevorstehenden Probleme kann das bürgerschaftliche Engagement und insbesondere das bürgerschaftliche Engagement der älteren Mitbürger (Generation 55plus) sein. Auf dieses Thema und auf diese Zielgruppe hat sich der Generali Zukunftsfonds festgelegt. Damit trägt Generali Deutschland in einem überschaubaren Bereich zur Verwirklichung der Grundwerte ihres Leitbildes bei und verwirklicht so ihre gesellschaftliche Verantwortung als Unternehmen.

Ziel: Herstellung besserer Bedingungen und Vielfaltigkeit der Handlungsebenen

Der GZF entwickelt Lösungsansätze und Konzeptionen für Entscheidungsträger, kooperiert mit öffentlichen Institutionen und gesellschaftlichen Verbänden und hilft dabei, bessere Rahmenbedingungen für die gesellschaftliche Entwicklung bürgerschaftlichen Engagements zu schaffen.

Auf der gesellschaftlichen Ebene fördert der GZF in vielfältigen direkten und indirekten Formen Kampagnen, Organisationen, Wettbewerbe, Initiativen und Projekte sowie wissenschaftliche Studien zum bürgerschaftlichen Engagement. Darüber hinaus wird die öffentliche Diskussion und Wahrnehmung des Themas über gezielte public relations vorangebracht und insbesondere über die Unterstützung von Projekten ein Beitrag geleistet zur allgemein als besonders notwendig erachteten Stärkung der öffentlichen Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements.

Kontakt:

Generali Deutschland Holding AG, Generali Zukunftsfonds,
Tunisstr. 19 - 23, 50667 Köln, Tel.: 0221 4203-2693 oder -2675

Leiter: Roland Krüger und Loring Sittler

Weitere Informationen auch im Internet unter:

<http://www.generali-zukunftsfonds.de>

Stand: März 2011